

Protokoll einer Unterredung mit Herrn Erdmann Simonaitis
am 14.9.1956 in Hemsbach/Bergstrasse

Herr Simonaitis war vor dem ersten Weltkrieg Justizbeamter in Tilsit und schon damals sehr aktiv in der preußisch-litauischen Sprach- und Kulturbewegung tätig (er gehörte 5 litauischen Vereinen in Tilsit an). In den Jahren 1918/19 war er Mitglied des litauischen Nationalrats in Tilsit, der den Anschluss Preußisch-Litauens an den litauischen Staat forderte. Mit der Abtretung des Memelgebietes vom Reich und der Verlegung des litauischen Nationalrats nach Memel siedelte S. ins Memelgebiet über, wo er in der Zeit der französischen Verwaltung im memelländischen Direktorium sass und zugleich Landrat des Kreises Heydekrug wurde. Auch in der folgenden Zeit hat er als eine der führenden national-litauischen Persönlichkeiten im Memelland eine aktive Rolle in der memelländischen Politik gespielt und 1925/26 zeitweilig als Präsident des Direktoriums an der Spitze der memelländischen autonomen Regierung gestanden. Bei der Besetzung Litauens durch deutsche Truppen im Jahre 1941 wurde Simonaitis von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager eingewiesen.

Unter Bezug auf die Anfänge der national-litauischen Bewegung in Ostpreußen gegen Ende des 19. Jahrhunderts erklärte S.: Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts und teilweise bis 1870 habe man in Preußen sehr viel Wohlwollen und Interesse für die litauische Sprache gezeigt und sei frei von engem Nationalismus gewesen. Die ostpreussischen Pfarrer Ostermeyer und Klein (gegen Ende des 18. Jahrhunderts) und der Gymnasiallehrer Gisebius in Tilsit (z. Zt. Wilhelm III. u. Wilhelm IV.) hätten sich sehr für die Erhaltung der litauischen Sprache eingesetzt und durch Übersetzung von deutschen Liedern ins Litauische u. a. mehr, der litauischen kulturentwicklung manchen Dienst geleistet. Mit der Schaffung des Deutschen Reiches im Jahre 1870 sei jedoch auch im Bezug auf die preussischen Litauer allmählich eine bewusst deutsch-nationale Kulturpolitik in Gang gekommen, obwohl die preussischen Pfarrer und Lehrer (allein schon wegen der Ostmarken-Prämie) generell dem Litauischen nicht unfreundliche gegenüberstanden, hätten die Schulinspektionen doch mehr und mehr dafür gesorgt, dass das Litauische von den Schulen verdrängt

wurde, und ebenso wurde nunmehr behördlicherseits im nordöstlichen Ostpreußen die Verdeutschung litauischer Namen angeregt. Dies alles habe im Zusammenhang mit der gleichzeitigen litauischen Nationalbewegung im benachbarten Russland zu nationalkulturellen litauischen Vereinigungen und auch zur Bildung einer litauischen Partei im Tilsiter Raum geführt. Der Pfarrer Dr. Gaigalat sei auf diese Weise als Vertreter der litauischen Liste ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo er dann allerdings als Hospitant der Deutschkonservativen Fraktion angehörte.

Weder in Ostpreußen noch im späteren Memelgebiet habe ein auffallender sozialer Unterschied zwischen den Deutschen und der litauisch sprechenden Bevölkerung bestanden. Allerdings seien sämtliche Rittergüter in deutscher Hand befindlich gewesen. Und da sowohl innerhalb der Deutschkonservativen Partei wie später bei der memel-deutschen Landwirtschaftspartei die Großgrundbesitzer den führenden Einfluß hatten, während die litauische Landwirtschaftspartei im Memelgebiet primär mittlere und kleine Landwirte vertrat, habe zwischen der deutschen und der litauischen Landwirtschaftspartei neben dem nationalen Unterschied auch die soziale Differenz eine gewisse Rolle gespielt. Wirtschaftliche Abhängigkeit und nationalpolitische Gesinnung hätten überhaupt bei den memelländischen Landwirten in engstem Zusammenhang gestanden. Besondere Bedeutung sei hier der landwirtschaftlichen Kreditbank AGRARIA zugekommen. Mit ihrem Sitz in Tilsit entzog sie sich jeglicher litauischen Staatsaufsicht und wirkte doch aufs stärkste durch ihre Vergabe von Krediten ins Memelgebiet hinein. Da maßgebliche Führer der memel-deutschen Landwirtschaftspartei, wie z.B. die Gutsbesitzer von Dressler und Habedank im Aufsichtsrat der AGRARIA saßen, ergab sich eine politische Orientierung der Kreditgewährung fast zwangsläufig. Da die AGRARIA sehr viel finanzkräftiger war als die litauische Landbank in Memel, suchten auch zahlreiche litauische Landwirte um Kredite in Tilsit nach, die unter sehr günstigen Bedingungen gewährt wurden (niedrige Zinsen, großzügige Stundung), so lange der betreffende Empfänger sich in keiner Weise pro-litauisch betätigte. Die litauische Landbank in Memel habe zwar im Prinzip ähnlich verfahren, doch habe sie einfach mit der AGRARIA nicht konkurrieren können, hinter welcher die mächtigen Finanzquellen des Reiches standen. Diese finanzielle Unterlegenheit Li-

tauens gegenüber dem Reich habe sich ganz allgemein überall dort bemerkbar gemacht, wo beide Seiten danach trachteten, durch wirtschaftliche oder kulturelle Subventionen die Bevölkerung des Memelgebietes auf ihre Seite zu bringen.

Zum Kapitel der wirtschaftlichen Interessenpolitik gehöre auch das Bestreben der deutschen Parteien, insbesondere der memelländischen Volkspartei (= Interessenvertretung der memeldeutschen Kaufleute und Industriellen), die in den Jahren 1921/22 vom französischen Kommissar Petisné gewünschte polnische Lösung oder der Freistaatslösung der Memelfrage zuzustimmen. Polnische Angebote auf grosse Holzlieferungen bestärkten die Sympathie führender memeldeutscher Wirtschaftskreise für eine Angliederung an Polen, bzw. eine Zollunion mit Polen. Aus dieser Grundhaltung kam es im Frühjahr 1922 auch zu jener aufsehen-erregenden Reise des Direktoriumspräsidenten Altenberg (vor 1914 Oberbürgermeister von Memel) nach Warschau. Altenberg war in verschiedenen Aufsichtsräten grosser Firmen (Waggon-Fabriken, Holzhandel) tätig. Als er aus solcherlei ~~geschäftlichen~~ geschäftlichen Gründen nach Warschau fuhr, obwohl er als Direktoriumspräsident zu unparteiischer Haltung in den schwebenden politischen Fragen des künftigen staatlichen Schicksals des Memelgebietes verpflichtet war, erregte dies einen lauten Protest der memelländischen Litauer und führte zur Abberufung Altenbergs als Präsident des Direktoriums. Dieser Protest habe übrigens seinerzeit die englische Presse veranlasst, auf eine endliche Regelung der Memelfrage zu drängen. Eindeutig sei jedenfalls, dass die damals von deutscher Seite im Memelgebiet propagierte Freistaatsbewegung sowie die Sympathien für Polen in erster Linie und zwar aus wirtschaftlichen Gründen von den Kreisen der späteren memeldeutschen Volkspartei ausgingen, während sich die führenden Persönlichkeiten der deutschen Landwirtschaft und der Beamtenschaft von diesen Auseinandersetzungen im allgemeinen zurückhielten. - Nachfolger Altenbergs als Präsident des Direktoriums wurde Steputat, der 1923 vergeblich versuchte, beim ostpreußischen Oberpräsidenten Hilfe gegen den litauischen Aufstand zu erreichen.

Auf Befragen erklärte S., dass die Forderung der memelländischen Nationallitauer auf Anschluss an Litauen, die in den Jahren vor dem Weltkrieg nicht ~~verstanden~~ ^{aktuell} gewesen waren, aus der revolutionären Situation nach Ende des Krieges verstanden werden müssen.

Erst jetzt habe ein eigener litauischer Staat bestanden von dem überhaupt so etwas wie eine litauische politische Selbständigkeitsbewegung im ehemaligen preußischen Gebiet ausgehen konnte, ausserdem habe natürlich die Wilson'sche Proklamation des nationalen Selbstbestimmungsrechts starke Impulse gegeben. Daneben habe sicher bei manchen Bewohnern im nordöstlichen Grenzland Ostpreußens die Überlegung eine Rolle gespielt, durch nationalstaatliche Selbständigkeit den revolutionären Wirren und der drohenden wirtschaftlichen Krise im Nachkriegsdeutschland zu entgehen.

Das Reich habe, nachdem in Versailles einmal die Abtrennung des Memelgebiets verfügt worden war, aus aussenpolitischen Gründen (antipolnische und antifranzösische sowie prorussische Tendenz der deutschen Aussenpolitik) eine Angliederung des Memelgebiets an Litauen durchaus gern gesehen. Graf Lamsdorf, der in der ersten Zeit Reichskommissar im Memelgebiet war, gab im Jahr 1919 gegenüber den memeldeutschen Politikern ganz offen zu erkennen, dass das Memelgebiet litauisch werden soll. Obwohl die Reichsregierung Lamsdorf wegen verschiedener daraufhin von memeldeutscher Seite eingegangener Beschwerden ablöste, entsprachen Lamsdorfs Äusserungen doch nur zu gut dem, was man im ^{Amt} Berlin dachte.

Schon in den 20er Jahren, so erklärte S., habe sich im memelländischen Parteienwesen eine ziemlich klare Front zwischen litauischen und deutschen politischen Gruppierungen ergeben. So habe es neben der deutschen eine litauische Landwirtschaftspartei gegeben, desgleichen eine litauische Volkspartei und eine litauische Arbeiterpartei. Durch diese Vielzahl der Gruppierungen habe die nationale Blockbildung jedoch noch nicht zu jener Ausschliesslichkeit geführt, wie nach 1933, als es auf deutscher Seite nur noch eine einheitliche deutsche Liste gab. Die meisten Berührungspunkte hätten die litauischen Politiker im Memelgebiet noch mit den deutschen Sozialdemokraten gehabt, die weniger nationalistisch gesinnt waren als die memeldeutsche Landwirtschafts- u. Volkspartei. Merkwürdigerweise habe sich auch die als kommunistisch geltende deutsche Arbeiterpartei im Memelgebiet oft als fanatischer in deutsch-nationalen Belangen erwiesen als die deutschen Sozialdemokraten. So sei es kein Zufall, dass z.B. der kommunistische deutsche Abgeordnete Monien später einer der führenden memeldeutschen Nationalsozialisten wurde.

Immerhin sei z.B. bei der Bildung des von ihm geleiteten Direktoriums nach der Wahl von 1925 durchaus auch auf memeldeutscher Seite eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit zum Ausdruck gekommen. Als Mitdirektoren seien unter ihm die memeldeutschen Abgeordneten Baldschus (Landwirtschaftspartei), Stumber u. Kairis (beide Volkspartei) und Scharfetter (Sozialdemokrat) tätig gewesen. Von der Volkspartei habe insbesondere der Handelskammer-Präsident Dr. Kraus als einer der Gemäßigteren mit sich reden lassen.

Auf national-litauischer Seite habe es besonderen Unwillen hervorgerufen, dass zahlreiche Memeldeutsche, die in behördlichen Stellen tätig waren, trotz der in der Memelkonvention verfügten Rechtsgleichheit der beiden Sprachen, sich keinerlei Mühe gaben das Litauische zu erlernen. Viele deutsche Beamte legten das Prinzip der Rechtsgleichheit der Sprachen so aus, als ob es ihnen überlassen bliebe, welche Sprache sie gebrauchten, anstatt als Beamte mit der Zweisprachigkeit ernst zu machen. Dies gelte z.B. für den Schulrat Meyer, der die Stelle als Schulrat in Memel nur unter der Bedingung erhalten habe, das Litauische zu erlernen, sich darum aber wenig gekümmert habe, nachdem er die gewünschte Position erhalten hatte. Starke Aversion bestand unter den Nationallitauern im Memelgebiet vor allem auch dagegen, dass so viele Nicht-Einheimische (aus anderen Gebieten Ostpreußens oder dem Reich ins Memelgebiet Gekommene) an führender Stelle tätig waren. Sowohl Dr. Kraus wie Dr. Schreiber, Dr. Brindlinger aber auch Dr. Neumann und von Saß waren keine einheimischen Memelländer. In Ihrer führenden Rolle sah man deshalb auf national-litauischer Seite eine Überfremdung. Schlechte Erfahrungen habe man auch mit dem memelländischen Oberstaatsanwalt Schwientek gemacht, der als Reichsdeutscher (aus Oberschlesien) ins Memelgebiet berufen wurde. Anfangs habe er sich zwar durchaus loyal verhalten, seit Anfang der 30er Jahre sei er jedoch den memeldeutschen politischen Parteien hörig geworden.

Litauische Beschwerden über die Verletzung des Statuts durch die deutschen Mehrheitsparteien oder einzelne deutsche Personen seien im Unterschied zu den deutschen Beschwerden (da die Litauer im Memelgebiet ja nicht im eigentlichen Sinne Minderheit waren) nicht an den Völkerbund in Genf, sondern an den litauischen Gouverneur gerichtet worden. Herr S. bestätigte in diesem Zusammenhang, dass die memelländischen Litauer durchaus nicht mit allen Maßnahmen

des Gouverneurs und der Kownoer Regierung einverstanden gewesen seien. Ein besonderer Streitpunkt ergab sich daraus, dass die litauische Regierung die im Memelland eingesetzten litauischen Beamten fast ausschliesslich aus dem ehemals russischen Großlitauen berief, anstatt sie aus der memelländischen Bevölkerung selbst zu nehmen. Dazu kam noch, dass die ins Memelland versetzten litauischen Beamten vielfach nicht die besten Kräfte waren, sondern oft solche, die sich in Litauen missliebig gemacht hatten. Verschiedentlich erhoben die memelländischen Litauer dagegen Einspruch, dass man von seiten der Kownoer Regierung die Versetzung von Beamten ins Memelgebiet offenbar als eine Art Strafversetzung betrachtete. Ein Zustand, der in ähnlicher Weise bei der Versetzung reichsdeutscher Beamten ins Memelgebiet vorlag. Daneben gab es eine Reihe von Maßnahmen der litauischen Regierung, die aus Ortskenntnis entstanden waren und ~~stark~~ in den Augen der mit den Verhältnissen besser vertrauten memelländischen Litauer als unklug und unangemessen erschienen. Die memelländischen Litauer bedauerten so z.B. manche Halsstarrigkeit litauischer Gouverneure, die den Deutschen nur ein Vorwand für ihre Agitation liefern mussten, ohne Erfolg zu haben. Dies galt vor allem von der Politik des Gouverneurs ~~in~~ Novakas (1934/35), der als "starker Mann" bei seiner Einsetzung von Kowno Generalvollmacht für alle ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen erhalten hatte und sich auch nicht von den memelländischen Litauern hereinreden liess. Von ihm stamme auch der unzweckmässige Wahlgesetzentwurf für die Wahlen 1935, der nach Meinung von S. ein ausgesprochenen Mißgriff gewesen sei, da er sein Ziel einer Herabdrückung des nationalsozialistisch-deutschen Einflusses nicht erreichen konnte und lediglich die litauische Regierung in den Verdacht unrechtmässiger Manipulationen brachte. Auch dass Novakas als Gouverneur mitunter selbst im Landtag erschien, war eine unkluge Brückierung der Deutschen. Die memelländischen Litauer haben solches Vorgehen mehrfach kritisiert, und schliesslich wurde Novakas vor den Wahlen von 1935 von Kowno aus auch seine Generalvollmacht entzogen und er hatte sich nunmehr an genaue Weisungen zu halten. Lediglich brückierend und ohne den erhofften Erfolg war es auch, dass der litauische Gouverneur den ehemaligen Mitgliedern der verbotenen deutschen Parteien das passive Wahlrecht entzog. Demzwischen ihnen und denen die nicht direkte Mitglieder dieser Parteien gewesen waren, bestand doch kein wesentlicher Unterschied, zumal man auf deutscher Seite natürlich dafür sorgte, dass nun gerade sehr energische und z.T.

sehr nationalistische Männer als Kandidaten nachrückten.

Über das Verhältnis und das Entstehen der Saß- und Neumann-Parteien erklärte S. folgendes: Obwohl Freiherr von Saß schon infolge seiner sprichwörtlichen Vorliebe für den Alkohol und wegen seiner Vergangenheit (man hatte ihn, da er in Ostpreußen als Pfarrer untragbar erschien, nach Memel versetzt) keine ganz ernstzunehmende Persönlichkeit war, meinte er es in seiner Weise mit dem Nationalsozialismus doch wenigstens ernst und ehrlich. Er rebellierte gegen die Vormacht der Gutsbesitzer und Industriellen auf deutscher Seite, die über alle Geldmittel verfügten und ohne engen Konnex mit der Bevölkerung ihre Politik in kleinstem Kreise beschlossen. Daher auch der Zorn der führenden deutschen Politiker (insbesondere von der Landwirtschaftspartei) als von Saß im Zeichen des Nationalsozialismus bei den Stadtverordnetenwahlen in Memel im Mai 1933 einen so durchschlagenden Erfolg erzielte. Die Führer der Landwirtschaftspartei, die um ihren Einfluss bangten, hätten daraufhin nicht nur im Memelgebiet selbst eine Kampagne gegen v.S. geführt, die diesen lächerlich machen sollte, sondern ihn auch in Königsberg bei Gauleiter Koch so lange denunziert bis man im Reich beschloss, jemand anderen mit der Führung der nationalsozialistischen Bewegung im Memelgebiet zu betrauen. Als Gegenspieler v.Saß's stellten die Führer der deutschen Mehrheitsparteien deshalb den Tierarzt Dr. Neumann auf, der auf Grund seiner Tätigkeit den Führern der Landwirtschaftspartei gut bekannt und in gewisser Weise auch von ihnen abhängig war. Neumann sei ausserdem viel zu harmlos gewesen, als dass er den Führern der bisherigen deutschen Parteien hätte schaden können. Obwohl Exponent der nationalsozialistischen Bewegung und vom Reiche her in jeder Beziehung gestützt, blieb Neumann doch im Grunde eine vorgeschobene Person, insbesondere der Landwirtschaftspartei. Da er persönlich durchaus integer war (im Unterschied zu v. Saß), liess er sich zu einer solchen Rolle bestens gebrauchen. Allerdings rief die Umstellung auf die nationalsozialistische Politik und Propaganda unter den bisherigen deutschen Parteien manche Spannungen hervor. Selbst in der Landwirtschaftspartei zogen sich auf Grund der neuen Lage manche führenden Personen, wie z.B. der Gutsbesitzer Habedank, von der Politik zurück. In der Volkspartei waren die Bedenken gegen die neuen vom Reiche übernommenen Methoden, wenn auch oft nur aus taktischen Gründen, noch stärker. Vor allem aber die Sozialdemokraten verschwanden nunmehr rasch von der politischen Bühne.

Interessant sei u.a. auch der Fall Baldschus. Als Direktoriums-
präsident von 1935 - 1938 empfahl er sich deshalb, weil er seiner
Herkunft nach halb Litauer und halb Deutscher war und doch als
Gutsbesitzer politisch aufs engste mit den führenden Kreisen der
Landwirtschaftspartei verbunden war. Es gehörte zur Taktik dieser
Partei, dass sie als Kandidaten für führende Stellungen (gleich-
sam als Aushängeschild) gern solche Personen aufstellte, die durch-
aus nicht eindeutig deutscher Herkunft waren. Obwohl Baldschus
keineswegs fanatischer Nationalsozialist war, führte er doch in
den Jahren seiner Amtszeit getreu die Politik der hinter ihm stehen-
den Kreise und des Reiches aus. Nach dem Krieg habe er seinen
Irrtum von damals eingesehen und sich in der Emigration den Li-
tauern angeschlossen.

Eine reichsdeutsche Emigration sei nach 1933 im Memelgebiet po-
litisch nicht ins Gewicht gefallen, wenn auch z.B. der jüdische
Redakteur Simon von der Vossischen Zeitung jetzt nach Memel kam
und Mitarbeiter des von litauischer Seite herausgegebenen BALTI-
SCHEN BEOBACHTERS wurde. Dieses Blatt war von der litauischen Re-
gierung subventioniert und konnte infolgedessen nicht direkt gegen
die Politik des Gouverneurs Stellung nehmen, bewahrte sich aber
durchaus eine gewisse Unabhängigkeit.

Was die litauischen politischen Parteien im Memelgebiet betrifft,
so verwies S. unter anderem auf Herrn Gelzinis, der Mitglied der
litauischen Volkspartei gewesen sei. Von denjenigen führenden
Nationallitauern des Memelgebietes, die während des Krieges in
deutschen KZ's ungekommen sind, erwähnte S. die Namen Reizgys und
Poleikis.

Nach der Angliederung des Memelgebietes an Deutschland sei es
mit der Sprache und Kultur der Litauer im Memelgebiet vorbei ge-
wesen. Ca. 100 führende memelländische Litauer hätten damals das
Memelgebiet verlassen. Nur noch vom März bis Oktober 1939 sei li-
tauischer Gottesdienst erlaubt gewesen, während der öffentliche Ge-
brauch der litauischen Sprache sofort nach der Einverleibung des
Memelgebietes untersagt worden sei.

Boortsch